

Kampf um die Republik

Q1 „Das Firmenschild“

Zeichnung von Jacobus Belsen, 1931 erschienene Karikatur in der SPD-nahen Satirezeitschrift „Der wahre Jacob“

Erkläre, wie die NSDAP nach Ansicht des Zeichners Wähler gewinnen wollte.



Ende der parlamentarischen Demokratie

Seit 1928 regierte eine Große Koalition von Parteien, die sich für die Republik einsetzten: SPD, DDP, Zentrum, DVP. Infolge der Wirtschaftskrise sanken die Steuereinnahmen und wuchsen die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung. In der Regierung kam es zum Streit. Sollten die Versicherungsbeiträge erhöht und damit eine neue Inflation riskiert werden? Oder sollten die Leistungen für die Arbeitslosen gekürzt und damit die soziale Not verschärft werden? Die DVP als Industriepartei wollte die Arbeitgeber nicht zusätzlich belasten. Die SPD als Arbeiterpartei wollte ihrerseits nicht von ihren Grundsätzen abrücken und weiterhin für die sozial Schwachen eintreten. Die Große Koalition konnte sich nicht einig und zerbrach im März 1930.

„Präsidialkabinette“

Im Reichstag gab es von nun an keine Regierung mehr, die von einer Mehrheit im Parlament unterstützt wurde. Die folgenden Regierungen waren „Präsidialkabinette“. Sie regierten mithilfe von

„Notverordnungen“ des Reichspräsidenten (Art. 48 der Reichsverfassung¹).

Die Regierung des Reichskanzlers Heinrich Brüning (1930-1932) betrieb eine strenge Sparpolitik. Sie kürzte die Beamtengehälter, erhöhte Steuern und Beiträge für die Arbeitslosenversicherung, drosselte das Arbeitslosengeld und förderte die Unternehmer. Brüning wurde vorgeworfen, seine Politik missachte die Interessen der rechtsgerichteten Parteien und der ostelbischen Großgrundbesitzer. Reichspräsident Hindenburg, der ebenfalls umfangreichen Grundbesitz in Ostpreußen besaß, verweigerte im Mai 1932 die Unterzeichnung weiterer Notverordnungen und zwang Brüning damit zum Rücktritt. 1932 versuchte es Hindenburg mit zwei weiteren Kanzlern: Franz von Papen und Kurt von Schleicher.

Laut Verfassung konnte eine Mehrheit im Parlament vom Reichspräsidenten verlangen, eine Notverordnung aufzuheben. Immer wenn das der Fall war, löste Hindenburg den Reichstag einfach auf und setzte Neuwahlen an. Zwischen 1930 und 1933 gab es vier Reichstagswahlen, aber das Parlament spielte in diesen Jahren praktisch keine Rolle mehr.

Politische Radikalisierung

Parteien und Gruppierungen, die die Weimarer Republik ablehnten, gewannen immer mehr Anhänger. Die stärksten waren KPD, NSDAP und die DNVP. In der Öffentlichkeit standen sich uniformierte Kampfverbände der Parteien in offener Feindschaft gegenüber. Vor allem während der häufigen Wahlkämpfe lieferten sie sich blutige Saal- und Straßenschlachten.

Hindenburg und seine Berater (größtenteils Offiziere, adlige Großgrundbesitzer und Industrielle) lehnten eine demokratische Mitbestimmung des Volkes ab. Sie wollten eine autoritäre Präsidialdiktatur. Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaften sollten dauerhaft ausgeschaltet werden. Die Regierung sollte nicht mehr von der parlamentarischen Mehrheit, sondern allein von der Macht des Präsidenten abhängig sein.

¹ Siehe Q3, S. 27.